

3.6 Verwaltung, Finanzen, Kommunales – modern, effizient, bürgernah

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 **Verwaltung**

2 Unsere Verwaltung arbeitet vielerorts veraltet und zu intransparent. Die Verwaltung muss dem
3 demographischen Wandel gerecht und modernisiert werden. Starke Gemeinden und Amtsgemeinden
4 sollen in Zukunft das Eingangstor zur gesamten Verwaltung sein, also auch für Angebote der Kreis- und der
5 Landesverwaltung. Gemeinsam mit den neuen Chancen des E-Government wollen wir so eine möglichst
6 wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit kurzen Wegen für die Bürgerinnen und Bürger. Der
7 Gang zum Amt wird somit in den meisten Fällen überflüssig. Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln
8 insgesamt schneller, kostengünstiger und transparenter. Die anstehende Digitalisierung von immer mehr
9 Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen um die Transparenz zu stärken. Im Rahmen eines
10 Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal einrichten, in welchem alle
11 nicht-personenbezogene oder geheim eingestuft Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger
12 öffentlich abrufbar sind („Open Data-Portal“). Bei der Modernisierung der Verwaltung sind für uns
13 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende Voraussetzungen. (siehe Kapitel
14 Digitalisierung und Demokratie)

15 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben
16 dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der kleineren Städte
17 und Dörfer trotzdem erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht nötig
18 und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin unterstützen. Die
19 Ämter wollen wir zur brandenburgischen Amtsgemeinde weiterentwickeln, mit direkt gewählten
20 Bürgermeister*innen und Bürgermeistern sowie Amtsgemeindevertretungen. Deutlich ausweiten wollen
21 wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und
22 Bürger. (siehe Kapitel Demokratie) Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während
23 das gemeinsame Tarifgebiet des VBB und der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der
24 Zusammenarbeit abgeben, gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein
25 gemeinsames Bundesland Brandenburg-Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, kann es derweil aber nur
26 geben, wenn die Bevölkerung beider Länder per Volksentscheid die Fusion befürwortet und zentrale
27 Fragen - wie insbesondere der Umgang mit der milliarden schweren Verschuldung beider Länder – vorab
28 geklärt wurden.

29 **Haushaltspolitik**

30 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
31 insgesamt sehr positiv aus. Alleine der Landeshaushalt Brandenburg hatte 2017 ein Steuereinnahmen-Plus
32 an 390 Mio. EUR gegenüber 2016. Seit 2010 wurden keine neuen Schulden gemacht. Durch
33 Haushalts-Überschüsse konnte die Verschuldung zudem leicht gesenkt werden, ist mit 18 Mrd € aber
34 immer noch extrem hoch. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen
35 werden weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Mrd. EUR veranschlagt wurden, wird dieser Betrag 2020
36 die 10 Mrd.-Grenze übersteigen.

37 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
38 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt hat. Zugleich
39 gefährdet sie durch massiven Personalabbau in Behörden und Justiz des Landes deren Funktionieren
40 immer stärker gefährdete. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende Kreditzinsen

41 oder die durch die Verbeamtungsstrategie der 90er Jahre rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige
42 Haushalte. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht und wird wahrscheinlich ohne
43 Landeshilfe nie auf einen grünen Zweig kommen. Die hohen Rekultivierungskosten der
44 Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere
45 finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.

46 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die konsumtiven Ausgaben immer stärker ansteigen. Hingegen sank
47 die Investitionsquote von 17 % im Jahr 2010 auf nur noch 10% im Jahr 2016. Öffentliche Investitionen, der
48 Zustand der Straßen, der Grad der Digitalisierung und die Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber
49 wesentlich für die finanziellen Möglichkeiten von morgen. Zugleich steigen die Ausgaben für Personal,
50 Pensionszahlungen und eingegangenen Versorgungsverpflichtungen. Unser Vorschlag die durch
51 Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in die Schuldentilgung
52 zu stecken wurden von rot-rot abgelehnt.

53 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich und zahlenmäßig wachsenden Hauptstadtregion und eines
54 dauerhaft höheren Haushaltsbudgets können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich
55 abzeichnenden Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können. Wir wollen mehr Mittel für die
56 Bereiche Qualität und Einstieg in die Beitragsfreiheit bei der Kinderbetreuung, Bildung, Umwelt und Justiz
57 zur Verfügung stellen und fordern deutlich mehr Investitionen in den ÖPNV und den Breitbandausbau. Die
58 Kommunen in Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität wieder erlangen können und im
59 Berliner Umland das Wachstum meistern. Um eine spätere Ablösung der Kameralistik durch die Doppik zu
60 ermöglichen wollen wir das Landesvermögen inventarisieren und den Werteverzehr transparent machen.
61 Daneben wollen wir die Schuldenbremse in der Verfassung verankern und die Schuldentilgung nach einem
62 regalbasierten Plan vorantreiben. Die Versorgungsgelder wollen wir nachhaltig anlegen (siehe
63 Schlüsselprojekt Faire und friedliche Welt). Um transparent zu machen wie die Geschlechter von den
64 Ausgaben des Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin ein Genderbudgeting einführen.

65 **Brandenburgs Kommunen**

66 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
67 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
68 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
69 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
70 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
71 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56% der West-Kommunen.
72 Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb Brandenburgs, auf die die
73 Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 % der brandenburgischen Kommunen
74 in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch bei sparsamster
75 Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen kommunale
76 Kassenkredite von knapp 750 Mio. €. Die rot-rote Landesregierung will das Problem mit einer höheren
77 Verbundquote lindern und hat angekündigt den Soziallastenausgleich von 20 auf 60 Mio € zu erhöhen.
78 Letzteres ist bei einer Gesamtsumme von 2 Mrd. € aber viel zu wenig und der Ausgleich zwischen ärmeren
79 und reicheren Kommunen kann mit beiden Maßnahmen nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte
80 Teilentschuldung, die wir für unzureichend halten. Wir wollen die kommunale Ebene dauerhaft besser
81 finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen
82 über einen Bedarfsansatz ermitteln, die Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen
83 stärken und bei der sogenannten Einwohnerveredelung den Fokus auf die Zentrumsfunktion für das
84 Umland lenken wollen.